



Antrag : Bereich 1: Für gute Ausbildung und faire Beschäftigung

1 Tarifverträge für studentische Beschäftigte

2 Studentisch Beschäftigte sind eine tragende Säule der Universitäten und
3 Fachhochschulen in Schleswig-Holstein. Erst ihre Arbeit – nicht nur in der
4 Verwaltung, sondern auch der Lehre -ermöglicht einen umfassenden Lehr- und
5 Forschungsbetrieb an den Hochschulen. Jedoch sind studentische
6 Beschäftigungsverhältnisse von Prekarität geprägt, etwa schlechter Bezahlung,
7 unsicheren Urlaubsansprüchen, keiner Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
8 Kettenbefristungen und de facto einer Verwehrung betrieblicher Mitbestimmung. Deshalb
9 wollen wir uns solidarisch mit der GEW, ver.di und der TVStud-Bewegung für einen
10 Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in Schleswig-Holstein einsetzen und
11 fordern:

- 12 • Die Einführung eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigte in Schleswig-
13 Holstein, der zumindest einen Lohn von 14 €/Stunde und regelmäßige
14 Lohnerhöhungen, feste Urlaubsansprüche und Mindestvertragslaufzeiten von 2
15 Jahren vorsieht.
- 16 • Eine angemessene Einbeziehung studentischer Beschäftigter in die Personalräte.

17 Das Land als Arbeitgeber

18 Für uns muss das Land ein attraktiver und vorbildlicher Arbeitgeber sein. Hier sehen
19 wir noch viel Potential. Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass in vielen
20 Berufen die technischen Möglichkeiten bestehen, die Tätigkeiten ganz oder zumindest
21 zum Teil von zuhause aus oder mobil zu erledigen. Auch dabei darf jedoch der Schutz
22 der Arbeitnehmer*innen nicht zu kurz kommen.

23 Deshalb fordern wir:

- 24 • Das Land muss seinen Beschäftigten, soweit möglich ein Recht auf flexibles
25 Arbeiten bieten.
- 26 • Ein Recht auf Nichterreichbarkeit für alle Beschäftigten des Landes.
- 27 • Modellprojekte zur Einführung der 30-Stunden-Woche für Beschäftigte des Landes.
- 28 • Sicherheit für die Zukunft ist für junge Menschen, die eine Ausbildung machen,
29 essentiell.

30 Leider wissen viele Auszubildende nicht, ob sie nach dem Abschluss ihrer Ausbildung
31 übernommen werden oder nicht. Deshalb fordern wir:

- 32 • Eine Übernahmegarantie für Auszubildende des Landes.

33 Das Land als Auftraggeber

34 Tarifverträge und Arbeitnehmer*innenrechte schützen Arbeitnehmer*innen vor
35 willkürlichen

36 Änderungen Ihres Arbeitsvertrages und sorgen somit für Sicherheit. Durch die Vergabe
37 von Aufträgen und Fördermitteln kann das Land starken Einfluss auf die betroffenen

38 Unternehmen ausüben. Deshalb fordern wir:

- 39 • Aufträge des Landes und der Kommunen sollen daran gebunden werden, dass die
40 jeweiligen Unternehmen tarifgebunden sind und faire Beschäftigungsverhältnisse
41 bieten.

42 **Jugendberufsagenturen**

43 Wir wollen die Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken und garantieren, dass jeder
44 junge Mensch die Chance erhält, eine Ausbildung zu machen. Ein wichtiges Instrument
45 hierfür sind Jugendberufsagenturen. Deshalb fordern wir:

- 46 • Die flächendeckende Einführung und den Ausbau von Jugendberufsagenturen in
47 Schleswig-Holstein.
- 48 • Eine Stärkung der Bekanntheit von Jugendberufsagenturen bei Schüler*innen,
49 verstärkt auch bei angehenden Abiturient*innen.

50 **Bildungsurlaub**

51 Bildungsurlaub bietet Beschäftigten die Möglichkeit, sich beruflich, aber auch
52 politisch oder gesellschaftlich weiterzuentwickeln. Das Recht darauf ist gesetzlich
53 geregelt, aber viel zu wenigen bekannt. Zudem ist die Beantragung und Umsetzung durch
54 unterschiedliche Regelungen der Bundesländer und anfallende Kosten häufig schwierig.
55 Deshalb fordern wir:

- 56 • eine landesweite Informationskampagne zum Bestehen des Rechts auf
57 Bildungsurlaub.
- 58 • Eine Verdopplung der Bildungsurlaubstage für Menschen unter 25; Auszubildende
59 sollen die Möglichkeit erhalten, ihren Bildungsurlaub anteilig auch zur
60 Prüfungsvorbereitung zu nutzen.
- 61 • Die Anerkennung aller Veranstaltungen für den Bildungsurlaub in Schleswig-
62 Holstein, die in anderen Bundesländern anerkannt werden.
- 63 • Die Übernahme von Seminarkosten durch das Land für Beschäftigte mit geringem
64 Einkommen.

65 **Gesundheit und Pflege**

66 Die Corona-Pandemie hat uns in vielen Bereichen gezeigt, dass wir Arbeitsbedingungen
67 verbessern müssen. Unser Ziel muss es aber vor allem sein, die Arbeitsbedingungen in
68 den medizinischen Fachberufen zu verbessern, um gerade dort, wo Fachkräfte so rar
69 sind, die Arbeit nicht nur attraktiver zu machen, sondern die Arbeiter*innen auch in
70 den Berufen zu halten.

71 In vielen medizinischen Fachberufen werden Rufbereitschaften und Bereitschaftsdienste
72 geleistet. Das Personal, insbesondere in den Krankenhäusern, ist oft zu 100% aktiv,
73 bekommt aber nie das volle Gehalt. Dabei sind diese Formen des Dienstes absolut
74 gesundheitsschädigend, da mit der Ungewissheit des Arbeitsaufwandes das Stressniveau
75 hoch ist. Zusätzlich kommen die wechselnden Schichten unserem natürlichen Rhythmus in
76 die Quere. Deshalb fordern wir:

- 77 • die volle Vergütung von Bereitschafts- und Rufbereitschaftszeiten.
- 78 • eine Begrenzung der monatlichen Bereitschaftszeiten.

79 • Freizeitausgleich bei aktivierter Rufbereitschaft.

80 • dass sich das Land, soweit es selbst oder die Kommunen als Arbeitgeber*in oder
81 Auftraggeber*in auftreten, nach diesen Punkten richten.

82 Letztlich sind es nicht nur Arbeiter*innen der medizinischen Fachberufe, die
83 Krankenhäuser, Arztpraxen, den Rettungsdienst oder ähnliche Institutionen „am Laufen
84 halten“, sondern auch Servicemitarbeiter*innen, z.B. Reinigungskräfte, die Zimmer
85 reinigen, in denen infektiöse Patient*innen gelegen haben. In den letzten Jahren
86 wurden gerade diese Berufsbilder an Fremdunternehmen outgesourct.

87 • Wir fordern, dass outgesourcte Servicemitarbeiter*innen in einen gültigen
88 Tarifvertrag zurückgeholt werden.

89 **Schulische Ausbildung**

90 Vor allem in Gesundheits-, Sozial- und Medienberufen findet keine Vergütung der
91 schulischen Ausbildung statt, dadurch werden diese immer unattraktiver. Die
92 Auszubildenden leisten die gleiche Arbeit wie die ausgebildeten Fachkräfte. Deshalb
93 fordern wir:

94 • eine Bezahlung während einer schulischen Ausbildung in Anlehnung an den
95 Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes.

96 **Berufsschulen fit für die Zukunft machen**

97 Ausbildungen sollten in allen Schulformen attraktiver präsentiert werden. Nicht
98 allein ein Studium bietet einen guten Start in die Berufswelt! Für uns ist klar:
99 Jeder Abschluss hat ohne Wertigkeit seine Berechtigung. Während der Corona-Pandemie
100 führten unterschiedliche Regeln für Schulen und Berufsschulen einmal mehr zu
101 Unübersichtlichkeit. Zwar war es Ziel der Verlagerung von Berufsschulen in die
102 Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums, die Verzahnung von der beruflichen
103 Ausbildung und der Arbeitswelt zu verbessern, notwendig hierfür ist es jedoch nicht,
104 denn dies ist bereits durch das duale Ausbildungssystem gewährleistet. Deshalb
105 fordern wir:

106 • Berufliche Schulen gehören in die Zuständigkeit des Bildungsministeriums.

107 Viele Berufsschüler*innen sind aufgrund großer Entfernungen zwischen Wohnort und vom
108 Betrieb bestimmter Berufsschule gezwungen, weite Wege auf sich zu nehmen. Das wollen
109 wir nicht hinnehmen; wir fordern:

110 • Berufsschüler*innen sollten ihre Schule begründet frei wählen dürfen.

111 Doch auch die technische Ausstattung der Berufsschulen ist ausbaufähig; gerade in der
112 Pandemie wurde und wird die mangelhafte digitale Infrastruktur einmal mehr
113 offensichtlich. Deshalb fordern wir:

114 • eine bessere digitale Ausstattung der Berufsschulen.

115 • die Einbindung praxisnaher Lernprogramme.

116 • Schulungen für das Personal im Umgang mit der digitalen Ausstattung.

117 In einigen Ausbildungsberufen wird aufgrund der geringen Zahl von Auszubildenden ein
118 Teil der Theorie in Landesfachklassen vermittelt. Meist ist die Entfernung zum

119 Heimatort erheblich. Die Schüler*innen müssen an- und abreisen sowie dort
120 untergebracht und gepflegt werden. Die Kosten dafür tragen die Auszubildenden häufig
121 selbst. Gerade bei einer geringen Ausbildungsvergütung ist das unzumutbar. Deshalb
122 fordern wir:

- 123 • Die Arbeitgeber*innen müssen die Fahrtkosten für den Besuch von
124 Landesfachklassen tragen.

125 **Wohnen neu denken - Solidarisch gemeinsam leben!**

126 Nicht nur Studierende, auch Auszubildende starten oft mit begrenzten finanziellen
127 Mitteln in ihr eigenständiges Leben. Was sich bei Studierenden bewährt hat, wollen
128 wir auch für Auszubildende. Deshalb fordern wir:

- 129 • in Anlehnung an das Studentenwerk SH, die Gründung eines Azubi-Werks in
130 Schleswig-Holstein.
- 131 • die Bereitstellung von Wohnraum in Form von Azubi-Apartments für junge Menschen
132 durch das Azubi-Werk.

133 Das Azubi-Werk soll durch das Land finanziell, personell und durch geeignete
134 Bauflächen so ausgestattet werden, dass es mindestens an die Standards des
135 Studentenwerks anknüpft.

Antrag : Bereich 2: Für eine moderne und vielfältige Bildung

1 Digitalisierung in Bildungseinrichtungen voranbringen

2 Während die Digitalisierung weltweit voranschreitet, ist sie in deutschen Schulen
3 noch immer nur bedingt vorhanden. Das ist nicht nur in Hinblick auf den Umgang mit
4 einer digitalen Welt problematisch, sondern auch in Hinblick auf den Bildungserfolg
5 der Kinder und Jugendlichen. Während der Pandemie ist erneut deutlich geworden, dass
6 Kinder von Anfang an mit unterschiedlichen Chancen aufwachsen. Kinder aus
7 wohlhabenden Familien bekommen von ihren Eltern für den Online-Unterricht eigene und
8 bessere elektronische Geräte zur Verfügung gestellt, wohingegen Kinder aus Familien
9 mit geringerem Einkommen manchmal gar nicht erst die Möglichkeit haben, mit
10 elektronischen Geräten zu arbeiten. Deshalb fordern wir eine angemessene
11 Grundausstattung der technischen Infrastruktur an Schulen, etwa durch

- 12 • Einen bedarfsgerechten Internetzugang für alle Schulen und Klassen.
- 13 • keine Anträge der Schulen für den Glasfaseranschluss – das Land muss proaktiv
14 werden; alle Schulen müssen schnellstmöglich an das Glasfasernetz angeschlossen
15 werden.
- 16 • Bereitstellung digitaler Endgeräte für Schüler*innen und Lehrer*innen.
- 17 • Personalstellen für die Pflege und Betreuung der technischen Ausstattung.

18 Psychische Gesundheit ist kein Tabuthema

19 Bereits in der Schule haben viele Schüler*innen psychische Probleme oder
20 Erkrankungen, die sie in ihrem Alltag behindern. In der Schule werden mögliche
21 Erkrankungen nur wenig oder gar nicht thematisiert, dadurch werden diese Probleme der
22 Schüler*innen von anderen nicht ernst genommen. Zudem ist die Annahme von
23 Unterstützung häufig stigmatisiert und wird deshalb tabuisiert. Hinzu kommt für viele
24 Schüler*innen gerade in Hinblick auf nahende Abschlüsse ein wachsender
25 Leistungsdruck, gerade in den höheren Jahrgängen. Deshalb fordern wir:

- 26 • regelmäßige Besuche von Schulpsycholog*innen in den Klassen zur Sensibilisierung
27 und Prävention.
- 28 • verpflichtende Besuche bei dem*der Schulpsychologin für alle Schüler*innen ab
29 der 8. Klasse.
- 30 • Projekttag zum Thema psychische Gesundheit.
- 31 • Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen für jede Schule, insgesamt
32 zumindest eine Fachkraft für 5.000 Schüler*innen.
- 33 • einen Vorrang psychischer Gesundheit vor Leistungsdruck.

34 Religiöse Symbole und Neutralitätsgesetz

35 Niemand sollte gezwungen werden, etwas an- oder auszuziehen. Das Tragen von
36 religiösen Symbolen und Kleidungsstücken sagt etwas über die Beziehung dieser Person
37 zu ihrer Region aus, nicht aber über die Beziehung der Person zum Staat. Sofern kein
38 konkreter Anlass zur Annahme besteht, eine Person würde ihren Beruf nicht mit der

39 gebotenen Neutralität ausüben, ist nicht nachvollziehbar, weshalb Menschen aufgrund
40 ihrer sichtbaren Religionszugehörigkeit vom Dienst für den Staat ausgeschlossen
41 werden sollten. Dies stellt eine ungerechtfertigte Benachteiligung dar. Zudem stehen
42 Leistung und Qualifikation nicht im Zusammenhang mit dem Tragen religiöser Symbole
43 und Kleidungsstücke. Auch stellt es im Sinne der staatlichen Neutralität einen
44 Unterschied dar, ob religiöse Symbole in Amtsstuben, Gerichtssälen oder
45 Klassenzimmern seitens der Institution selbst aufgehängt werden, oder ob ihre
46 Angestellte die höchstpersönliche Entscheidung treffen, ein religiöses Symbol oder
47 Kleidungsstück zu tragen. Die Neutralität des Staates sollte sich auch darin zeigen,
48 dem Individuum die Entscheidung über das Tragen von Schmuck und Kleidungsstücken in
49 jeder Hinsicht selbst zu überlassen. Deshalb fordern wir:

- 50 • Schüler*innen, Beamt*innen, Angestellte, Studierende und Lehrende können selbst
51 entscheiden, welche religiösen Symbole sie tragen wollen.
- 52 • keine Religiöse Symbolik, etwa durch Kreuzifixe, an staatlichen Institutionen.

53 **Rassismuskritische und politische Bildung; Religionslehre umdenken**

54 In der Schule werden bedeutende Weichen für den späteren Wissens- und Wertekanon der
55 Schüler*innen gestellt. Daher ist es wichtig, dass in der Schule auch die
56 drängendsten Fragen unserer Zeit diskutiert werden. Zu diesen gehört, neben einem
57 konsequenten Kampf gegen rechtsradikale, faschistische und antisemitische Akteure in
58 der Gesellschaft, auch der entschiedene Einsatz für den Klimaschutz und die
59 Einhaltung des 1,5 Grad Zieles. Dabei ist es wichtig, Rassismuskritik als Kompetenz
60 und die politische Bildung an Schulen zu fördern und in allen Fächern einzubauen.
61 Deshalb fordern wir:

- 62 • die Ergänzung von Klimaschutz und der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels in § 4 des
63 Schulgesetzes.
- 64 • Schulbücher und Unterrichtsmaterial sollen die Diversität der Wirklichkeit
65 abbilden.
- 66 • Gleiches soll für behandelte Autor*innen gelten.
- 67 • Die Umgestaltung des Fachs der konfessionsgebundenen Religionslehre in
68 „interkulturelles Lernen“, um sich mit Fragen zu beschäftigen, wie “Wie leben
69 wir alle zusammen?”, “Wie funktioniert die Gesellschaft?” und “Was braucht die
70 Gesellschaft, um ein gerechtes und friedliches Leben zu ermöglichen?”
- 71 • Unterricht im Fach Wirtschaft/Politik ab der 5. Klasse.

72 **MINT-Bildung**

73 Untersuchungen zeigen, was für uns schon lange klar ist: Bildung und Bildungschancen
74 in naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen und Bereichen sind oft von
75 männlich gelesenen Personen dominiert. Menschen mit interkulturellem Hintergrund sind
76 oft unterrepräsentiert, der sozioökonomische Status kann benachteiligen. Trotz
77 ausgeglichener Verhältnisse beim Studienbeginn in MINT-Fächern (Mathematik,
78 Informatik, Naturwissenschaften, Technik), fehlt in höheren Karrierestufen die
79 Diversität, in anderen Bereichen kehrt sich dies um. Zum Beispiel arbeiten in
80 niedrigschwelligen technischen Berufen mehr Personen mit interkulturellem

81 Hintergrund. MINT-Berufe gehören zu den bestbezahlten in Deutschland. Es geht hier
82 bei der Gleichstellung also nicht nur um Repräsentation, sondern auch um ökonomische,
83 intersektionale Gerechtigkeit. Ziel muss es deshalb sein, in der Bildung für jede*n
84 Chancengleichheit und -gerechtigkeit herzustellen, ohne Personen dabei
85 einzuschränken. Kampagnen und Aufklärung sind erste Schritte dafür, diese Stereotype
86 oder gender?bezogenen Vorurteile abzubauen. Deshalb fordern wir:

- 87 • Workshops und Seminare in der Lehrer*innenausbildung, die den Umgang mit
88 Vielfalt thematisieren und neue Motivationsstrategien entwickeln.
- 89 • die Förderung von Mentoring-Programmen außerhalb der schulischen Bildung, z.B.
90 zwischen Studierenden und Schüler*innen.
- 91 • die Förderung von Peer-Tutoring-Programmen zur Verbesserung der MINT-Bildung.
- 92 • gut ausgestattete Schulen und Lehrmittelfreiheit.
- 93 • eine Bekämpfung des Lehrkräftemangels in MINT-Fächern.

94 **Lehramtsstudium verbessern**

95 Viele Schüler*innen haben psychische Probleme oder Erkrankungen. Hierauf müssen
96 Lehramtsstudent*innen angemessen ausgebildet und sensibilisiert werden. Deshalb
97 fordern wir:

- 98 • eine Vorbereitung auf den Umgang mit psychischen Problemen und Erkrankungen im
99 Lehramtsstudium.

100 Praxiserfahrungen stellen einen zentralen Bestandteil eines guten Lehramtsstudiums
101 dar. Jedoch darf dabei nicht übersehen werden, dass viele Studierende zur
102 Finanzierung auf Nebenjobs angewiesen sind, die sie während eines Praxissemesters
103 oder auch während Praktika nicht fortführen können. Deshalb fordern wir:

- 104 • eine finanzielle Vergütung von Praxisphasen im Lehramtsstudium.

105 Besonders nach dem Ende des Studiums stehen die Student*innen vor neuen
106 Herausforderungen, die die Berufswelt mit sich bringt. Die größte Herausforderung
107 stellt die bis zu 18 monatige Wartezeit vor dem Referendariat dar. Deshalb fordern
108 wir:

- 109 • mehr Ausbildungsplätze für Referendar*innen.

110 Wie in bereits vielen Dingen und Bereichen ist eine Vernetzung und Austausch von
111 Erfahrungen wichtig. Deshalb fordern wir:

- 112 • die Einführung einer hochschulübergreifenden digitalen Plattform zum Austausch
113 zwischen Lehramtsstudent*innen.

114 **Sexualpädagogik fördern**

115 Diskriminierungen auf dem Schulhof, im Freizeitbad oder auf irgendwelchen Partys
116 basieren in vielen Fällen auf Unwissenheit. Unsere Bildungseinrichtungen müssen der
117 Ort sein, um für alle Formen von Diskriminierungen und Mobbing entgegenzutreten und
118 Sensibilität zu schaffen. Bereits im Kindergarten werden Geschlechterrollen
119 angenommen. Dort sollen Mädchen bereits mit Puppen spielen und Jungs stets Fußball
120 mögen. Wir fordern:

- 121 • eine stärkere Verankerung der Sexualpädagogik und Thematisierung von
122 Genderfragen in der Ausbildung von Erzieher*innen und Lehrer*innen.
- 123 • eine stärkere Beschäftigung in der Schule und in der Ausbildung mit
124 Genderfragen.

125 **KiTa**

126 Die Gute-Kita-Reform der Bundesregierung hat zwar Hoffnungen geweckt, jedoch ist
127 mittlerweile sichtbar, wo es in diesem Konzept noch schwächelt und die Ungleichheit
128 bei der Frühkindlichen Bildung nicht unter Kontrolle bekommt. So wird bei der
129 Finanzierung nicht auf die Hintergründe der Umgebung oder die Klientel der KiTa
130 geachtet. Dadurch fehlt es KiTas, die aufgrund ihrer Lage in Gegenden, in denen die
131 Kinder einen höheren Förder- und damit auch Personal- und Ausstattungsbedarf haben,
132 etwa in der Sprachförderung, gegenüber anderen KiTas verstärkt an den notwendigen
133 Ressourcen. Verstärkt wird dies zudem dadurch, dass der Personalschlüssel selbst
134 unter günstigen Voraussetzungen häufig unzureichend ist und das pädagogische Personal
135 mit diversen

136 Verwaltungsaufgaben betraut ist. Deshalb fordern wir:

- 137 • Eine Finanzausstattung der KiTas, die ihren jeweiligen Bedürfnissen Rechnung
138 trägt.
- 139 • Verbesserung der Berechnung des Personalbedarfs durch Schaffung von mehr
140 Springer*innenstellen und Abschaffung möglicher Ausfallquoten.
- 141 • die Erhöhung von KiTa- und Krippenplätzen auf 100% Bewegbarkeit. Jedes Kind
142 sollte einen KiTa-Platz haben können.
- 143 • Einsetzen von mehr Fachpersonal. Erzieher*innen können nicht alle Aufgaben
144 übernehmen.

Antrag : Bereich 3: Retten wir unsere Zukunft! Für den Klimaschutz

1 Die Klimakrise ist die größte Bedrohung der menschlichen Zivilisation. Steigt die
2 globale Temperatur um 1,5 Grad, so werden katastrophale Kipppunkte im Klima
3 eintreten. Schon jetzt sind viele Folgen des menschengemachten Klimawandels nicht
4 mehr revidierbar. Deshalb wollen wir uns jetzt, bevor es zu spät ist, für
5 Klimaneutralität bis 2035 einsetzen.

6 **Energie**

7 Um die Pariser Klimaziele einzuhalten wollen wir bis 2035 den Anteil erneuerbarer
8 Energien in den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr auf 100 % steigern. Schleswig-Holstein
9 ist das Bundesland mit dem größten wirtschaftlichen Potential und den besten
10 Standorten für Windenergie. Es ist darum umso wichtiger, diese günstige Position zu
11 nutzen, um durch Energieexporte unseren Beitrag zum Kohleausstieg oder der Versorgung
12 von Ballungszentren zu leisten. Werden diese Dimensionen mitbedacht, müssen bis 2035
13 mindestens 170 TWh erneuerbarer Strom pro Jahr, vor allem aus Windkraft und
14 Photovoltaik, 20 TWh erneuerbare Energien aus anderen Quellen (biogene Reststoffe,
15 Solarthermie, Geothermie u.a.), und je nach regionaler Verteilung eine möglicherweise
16 sehr große Menge grüner Wasserstoff produziert werden. Die Ausbauziele des Landes
17 Schleswig Holstein wollen wir deshalb bis 2025 anpassen auf:

- 18 • 75 TWh erneuerbarer Strom.
- 19 • 15 TWh Primärenergie Wasserstoffe produzieren (Elektrolyse).
- 20 • Mindestens 50 % Anteil der Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien am Wärme-
21 Endenergieverbrauch (EEV-Wärme) bis 2025.

22 Insbesondere Windenergie hat in Schleswig Holstein stets eine große Rolle gespielt.
23 Um den benötigten Ausbau der Windenergie zu erreichen, sind die folgenden Maßnahmen
24 zu ergreifen:

- 25 • Ausweisung von 3% der Landesfläche für Windkraft.
- 26 • Senkung des Mindestabstands von Windrädern zu Siedlungen auf 400m.

27 Wir wollen überflüssige Bürokratie abbauen. Wird ein Windrad gebaut, müssen derzeit
28 alle Grundstückseigentümer*innen in der Nähe ihre Einwilligung geben, auch wenn sie
29 in keiner Weise durch den Bau betroffen sind, z.B. weil sie lediglich in der Nähe
30 einen Acker bewirtschaften. Dies stellt ein enormes Hindernis auf dem Weg zum Ausbau
31 erneuerbarer Energien dar, ohne einen sinnvollen Beitrag zum Schutz der
32 Anwohner*innen zu leisten.

- 33 • Einführung einer Stichtagsregelung bei Genehmigungsverfahren. Bis zu einem
34 bestimmten Termin besteht so genug Zeit für eine umfassende Prüfung ohne
35 Qualitätsverlust. Ist diese dann erfolgt, kann das Projekt nicht nachträglich
36 für rechtswidrig erklärt werden.
- 37 • Ermöglichung des Baus von Höhenwindkraftwerken. Dabei gilt es, kooperative
38 Lösungen mit dem Flugverkehr und dem Schutz vor Abstürzen zu finden.

39 Auch Photovoltaik spielt bei dem endgültigen Ausbau der erneuerbaren Energien eine
40 wichtige Rolle. Um einen ausreichenden Ausbau der Solarenergie sicher zu stellen,
41 fordern wir:

- 42 • eine Ausweitung der landesweiten Baupflicht für Solaranlagen auf alle privaten
43 und gewerblichen Dächer, sowohl im Bestand als auch bei Sanierungen.
- 44 • einen massiven Ausbau von Photovoltaik auf Freiflächen, für die genügend Platz
45 ausgewiesen werden muss. Innovative Konzepte wie Agri-Photovoltaik, oder das
46 Aufstellen von Solar- und Windkraftwerken entlang ohnehin belasteter Flächen wie
47 z.B. Stromtrassen wollen wir fördern.
- 48 • die Erstellung eines landesweiten Solardachkatasters, um die Sonnenenergie und
49 die entsprechenden Flächen effektiv nutzen zu können.
- 50 • die landesweite Förderung von Bürgerphotovoltaikanlagen.

51 Als Reserve im Stromnetz sowie für den Wärme- und Verkehrssektor brauchen wir
52 klimaneutralen, ausschließlich grünen Wasserstoff und Kohlenwasserstoffe aus
53 erneuerbaren Energien. Deshalb fordern wir:

- 54 • die Modernisierung und Umwandlung der Erdgasinfrastruktur, um möglichst hohe
55 Anteile Wasserstoff transportieren zu können.
- 56 • Gaskraftwerke sind entweder als Wasserstoffkraftwerke oder in geringen Maßen als
57 Kohlenstoffkreisläufe zu konzipieren, das heißt, dass CO₂ aus den Abgasen für
58 die Synthese von neuem, klimaneutralen Methan zu nutzen ist.
- 59 • die Förderung von grünem Wasserstoff und Nutzungsperspektiven von grünem
60 Sauerstoff.
- 61 • die Förderung von Kreislaufprozessen und Projekten mit branchenübergreifenden
62 Partnerschaften, sowie die Entwicklung einer geeigneten Wasserstoffstrategie, um
63 die Industrie in die Wasserstoffwirtschaft mit einzubinden.
- 64 • eine Prüfung, inwieweit Wasserstoffe und Kohlenwasserstoffe, die als
65 Nebenprodukt von Synthesen anfallen, als Reserve für Stromschwankungen und als
66 Rohstoffquelle genutzt werden können.

67 **Landwirtschaft**

68 12% der Treibhausgasemissionen in Schleswig-Holstein werden durch die Landwirtschaft
69 verursacht. Zunehmende Wetterextreme und Massentierhaltung sorgen für erhebliche
70 Einschränkungen in der Landwirtschaft, steigende Lebensmittelpreise und bieten ideale
71 Nährböden für Pandemien. Daher muss auch unter dem Eindruck der Corona-Krise hier ein
72 Umdenken stattfinden. Der Aufbau von Treibhausgasen ist unumgänglich, da auch bei
73 sofortiger, vollständiger und internationaler Umsetzung aller notwendigen
74 Schutzmaßnahmen Treibhausgasen noch für lange Zeit ihre Wirkung entfalten. Darum
75 wollen wir uns auch für die Umsetzung folgender Punkte einsetzen:

- 76 • 100% aller ELER-Gelder sollen nur noch für klimafreundliche Landwirtschaft
77 ausgegeben werden.
- 78 • Da Massentierhaltung viele Treibhausgase ausstößt, ist eine massive Reduktion
79 der Tierbestände zwingend erforderlich. So wollen wir ein Verbot für

80 Neuerrichtungen oder Vergrößerungen von Masttier- und Legehennenbetrieben sowie
81 industrieller Milchwirtschaft.

82 • Zur Reduktion der Tierbestände wollen wir die Vollverwertung von Fleischtieren
83 fördern. Außerdem soll es mehr vegetarische und vegane Produkte in öffentlichen
84 Einrichtungen geben.

85 • Da offene Ackerflächen im Gegensatz zu Dauergrünland kein CO₂ speichern, wollen
86 wir selbiges erhalten. Dazu muss u. a. die Viehwirtschaft verstärkt auf
87 Grünlandbeweidung setzen.

88 • Um den Bedarf an Nahrungs- und Genussmitteln auch in Zukunft klimaneutral zu
89 decken, wollen wir, dass das Land alternative Konzepte des Anbaus fördert, z. B.
90 Agroforstwirtschaft, Permakultur, aber auch alternativer Organisation wie
91 Solidarische Landwirtschaft, Urban Gardening oder essbare Städte.

92 • Da Pestizide die Biodiversität und Fruchtbarkeit von Böden zerstören, wollen wir
93 den Einsatz von Pestiziden und Herbiziden komplett abschaffen.

94 Wir wollen eine landesweite App für Hofläden, Milchautomaten und andere regionale
95 Verkaufsstellen von landwirtschaftlichen Produkten fördern, sowie die Entwicklung für
96 neue Konzepte für Wochenmärkte wie z.B. Abendmärkte.

97 **Biologischer Klimaschutz und Klimaanpassungen**

98 Der Bericht des IPCC zeigt, dass die Folgen des Klimawandels immer mehr zum Tragen
99 kommen. Wenn wir das 1,5 Grad Ziel nicht einhalten, ist unter anderem ein
100 Meeresspiegelanstieg von bis zu 62 cm zu erwarten. Damit unsere Lebensgrundlage nicht
101 von den Folgen des Klimawandels gefährdet ist und wir Treibhausgase in der Atmosphäre
102 durch natürliche Senken reduzieren können, wollen wir:

103 • die Forschung bzgl. der Einsatzmöglichkeiten von Algen (z.B. als Nahrungsmittel,
104 Baumaterial, CO₂-Speicher oder zur Gewinnung von Bitumen) fördern und prüfen, ob
105 der Aufbau von Algenzucht in den Küstengebieten möglich und umweltverträglich
106 ist. Dabei soll die örtliche Fischerei mit einbezogen werden.

107 • die Waldflächen in Schleswig Holstein auf 11 % vergrößern.

108 • den Ausbau von Klimaschutzdeichen fördern.

109 • private Feuerwerke verbieten.

110 **Küsten- und Meeresschutz**

111 Natur- und Küstenschutz sind Voraussetzung für die Attraktivität und das Leben in den
112 Küstenregionen von Nord- und Ostsee. Die beschleunigte Klimaänderung stellt sowohl
113 den Naturschutz als auch den Küstenschutz vor Herausforderungen. Wichtig ist daher,
114 wie ein naturverträglicher und gleichzeitig klimaangepasster Schutz von Mensch und
115 Natur zukünftig aussehen könnte. Deshalb fordern wir:

116 • die Ausweitung von nutzungsfreien Zonen im Nationalpark sowie den marinen
117 Naturschutzgebieten sowie die Einrichtung von Schutzgebieten mit
118 Nullnutzungszonen im Meer.

119 • den abschließenden Ausstieg aus der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer.

- 120 • eine Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Entwicklung von
121 Alternativen zu Stell- und Schleppnetzen.
- 122 • ein Ende des Bodenabbaus in Meeresschutzgebieten und die Einführung wirksamer
123 Umweltauflagen für Sand- und Kiesabbau im Meer. Insbesondere soll es dabei
124 keine
125 Bebauung an abtrags- und überflutungsgefährdeten Küsten mehr geben.
- 126 • ein Verbot des Verklappens von Müll und etwa mit Schwermetallen belastetem
127 Hafenschlick im Meer.
- 128 • die Schaffung einer Grundlage für Gewässerrandstreifen an allen Gewässern.

Antrag : Bereich 4: Für Bezahlbares Wohnen

1 Wir möchten die Menschen in Schleswig-Holstein vor ausufernden Mieten schützen.
2 Gerade jungen Leuten fällt es schwer, bezahlbaren Wohnraum während ihrer Ausbildung
3 oder im Studium zu finden. Deshalb brauchen wir ein entschiedenes Handeln auf drei
4 Ebenen: Wohnraum bauen, Mieten regulieren und Wohnen neu denken! Wir wollen:

- 5 • neuen Wohnraum schaffen; 15.000 Wohnungen pro Jahr!

6 **Typisiertes Bauen**

7 Eine Hauptbremse für den schnellen Wohnungsbau sind langwierige Planungs- und
8 Genehmigungsverfahren. Typisiertes Bauen kann hier über die Verwendung erprobter
9 (Typen-)Grundrisse, die sich unter anderem an Fördervorschriften der jeweiligen
10 Bundesländer orientieren, zu erheblichen Zeit- und Kosteneinsparungen führen. Über
11 die Verwendung materialbezogener Rastersysteme und die Verwendung von Fertigteilen/-
12 elementen kann aber auch der Bauprozess selbst beschleunigt werden. Deshalb fordern
13 wir:

- 14 • regelmäßige Architekt*innen-Wettbewerbe für typisiertes Bauen in Zusammenarbeit
15 des Landes mit der Wohnungswirtschaft.
- 16 • die Überprüfung und ggf. Anpassung der Architekt*innen-Ausbildung in Hinblick
17 auf
18 die Fähigkeit, typisierte Baupläne zu erstellen.
- 19 • auskömmlich finanzierte Beratungsstellen für typisiertes Bauen.

20 **Bauprojekte „Junges Wohnen“**

21 Die Landesregierung muss Kommunen die Möglichkeit geben, Bauland für junges Wohnen
22 benennen zu können. Entsprechend der Bedarfe junger Menschen, gelten auf diesen
23 Flächen flexible und einfachere Standards für den Schallschutz, die Ausstattung der
24 Wohnungen mit Balkonen, Dachterrassen oder Fahrstühlen, die einen beschleunigten und
25 kostenreduzierten Wohnungsbau ermöglichen. Es sind kleinere Wohneinheiten zu
26 realisieren, die so zu konstruieren sind, dass sie in einer späteren Nutzungsphase
27 ohne größeren Aufwand zusammengelegt werden können. So sollen schnell aber mit
28 Weitblick bezahlbare Wohnungen für eine besonders von der Wohnungsnot betroffene
29 Gruppe von Menschen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- 30 • die rechtliche Ermöglichung von Bauprojekten dieses Konzepts.
- 31 • die Förderung erster Vorzeigeprojekte.

32 **Wohnungsbaugesellschaften**

33 Aus der Not von Menschen dürfen keine Profite geschlagen werden; der Anteil der
34 Wohnungen in öffentlicher Hand muss wieder erhöht werden. Deshalb fordern wir:

- 35 • die Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften während ihrer Gründungsphase.
- 36 • die Gründung einer Landesbaugesellschaft, die Projekte für bezahlbaren,
37 regulierten
38 Wohnraum organisiert.

39 **Bauland**

40 Kein Neubau ohne Bauland. Kommunen brauchen vom Land eine auskömmliche finanzielle
41 Ausstattung für strategische Baulandgewinnung. Bei der Vergabe von Bauland stehen zur
42 Zeit Höchstpreisvergaben im Vordergrund; das Nutzungskonzept sowie soziale,
43 ökologische und städtebauliche Kriterien bleiben auf der Strecke. Deshalb fordern
44 wir:

- 45 • bei der Preisgestaltung sollen das Nutzungskonzept, sowie soziale, ökologische
46 und
47 städtebauliche Kriterien im Vordergrund stehen.
- 48 • eine verstärkte Nutzung von Erbpachtverträgen, denn Grund und Boden gehört in
49 die
50 öffentliche Hand.

51 **Mieten regulieren - Schutz vor Wucher!**

52 Wir wollen eine Mietpreisbremse, die ihrem Namen gerecht wird. Deshalb fordern wir:

- 53 • dass die Anpassung der Kappungsgrenze wieder voll ausgeschöpft und auf 15%
54 gesenkt wird, damit Mieten nicht in kürzester Zeit ansteigen.
- 55 • die Anwendung der Mietpreisbremse bei angespannten Mietlagen, um die
56 Preistreiberei bei Neuvermietungen zu verlangsamen.
- 57 • eine Unterstützung des von der SPD durchgesetzten qualifizierten Mietspiegels
58 für
59 größere Städte. Außerdem befürworten wir die Erwägung eines Mietendeckels auf
60 Bundesebene.

61 **Stabile Sozialwohnungsquote**

62 Das Land muss festschreiben, dass die Sozialwohnungsquote ab 2025 nicht weiter sinken
63 soll. Feste Sozialquoten von mindestens 30 Prozent und mit langen Laufzeiten von
64 beispielsweise 80 Jahren müssen in Gebieten mit Wohnraummangel verpflichtend sein.
65 Dafür muss auch die Finanzierung des Sozialwohnungsbaus angepasst werden. Deshalb
66 fordern wir:

- 67 • ein Sofortprogramm, das es den Kommunen ermöglicht, auslaufende
68 Sozialbindungen zu verlängern.
- 69 • eine Festschreibung der Sozialwohnungsquote ab 2025 auf zumindest dem
70 derzeitigen Niveau und von mindestens 30 % in angespannten Wohngebieten.

71 **Pflegewohngemeinschaften**

72 Ein großes Problem auf dem Wohnungsmarkt ist, dass ältere Menschen aus berechtigten
73 Gründen lange in überdurchschnittlich großen Wohnungen bleiben. Gleichzeitig stoßen
74 viele dabei auf wachsende Hindernisse im Alltag, insbesondere wenn sie alleine leben.
75 Hier bilden Pflegewohngemeinschaften oder auch „Seniorenwohngemeinschaften“ eine
76 Alternative. Mehrere Senior*innen leben zusammen in einer Wohnung, günstig und
77 platzsparend. Man kann sich gegenseitig helfen und gleichzeitig ist es einfacher,
78 eine solche WG zum gegebenen Zeitpunkt mit Pflegedienstleistungen zu versorgen.
79 Deshalb fordern wir:

- 80 • die Unterstützung von Trägern bei der Einrichtung solcher Projekte für eine
81 Pilotzeit
82 von fünf Jahren.

83 **Tiny Houses**

84 Tiny Houses sind, wie der Name impliziert, „winzige Häuser“, die Wohnraum auf kleiner
85 Fläche bieten. Diese Tiny Houses, oft auf Rädern, sind somit kosten- und
86 platzsparend. Diese Idee kann auf dem Land schnell guten Wohnraum schaffen. Auch
87 sollen derzeit ungenutzte Entwicklungsflächen in Städten, wo sinnvoll, vorübergehend
88 für mobile Tiny Houses nutzbar gemacht werden. Deshalb fordern wir:

- 89 • dass das Land in einem Modellprojekt Tiny House Siedlungen mit insgesamt 100
90 Wohneinheiten in verschiedenen Regionen realisieren und vermieten soll. Jedes
91 Haus
92 muss an Gas, Wasser & Strom angebunden werden. Es entsteht eine Gemeinschaft
93 und eine umweltschonende Art des Zusammenlebens.

94 **Klimagerechtes Bauen**

95 Auf unseren Wohnflächen spielt sich ein Großteil unseres Lebens ab. In Bau,
96 Instandhaltung und Beheizung unserer vier Wände steckt eine große Menge Energie und
97 Rohstoffen, mit denen Treibhausgasemissionen verbunden sind. Die energetische
98 Sanierung von Gebäuden ist mit <1% pro Jahr deutlich zu niedrig. Nötig wäre
99 stattdessen eine Sanierungsquote von 4% pro Jahr, wofür neben einer verbesserten
100 Förderung insbesondere neue Fachkräfte gewonnen werden müssen. Gleichzeitig hat der
101 Ausbau des Wohnraums und die Nutzung von Immobilien als finanzielle
102 Spekulationsobjekte alle bisherigen Effizienzeinsparungen zunichte gemacht. Darüber
103 hinaus muss auch zum Schutz der Biodiversität 45 die Flächenversiegelung verringert
104 werden. Wir brauchen also ein grundlegendes Umdenken, auch im Gebäudebereich. Gebäude
105 müssen zukünftig vorausschauend und langlebig geplant, gebaut und saniert werden.
106 Deshalb fordern wir:

- 107 • die rechtliche Ermöglichung und finanzielle Förderung nachhaltiger Baustoffe.
108 • verstärkten Hoch- und Mehrfamilienhäuserbau - auch auf dem Land zur Eindämmung
109 des Flächenverbrauchs.
110 • die Förderung der Konzeption als Plusenergiehaus- oder Triple-Zero-Standard
111 ("Recycling- oder Upcyclinghäuser") bei öffentlichen Liegenschaften oder
112 Modellprojekten. Insbesondere die durch wärmeeffizientes Bauen entstehenden
113 Mehrkosten wollen wir in Schleswig Holstein senken. Damit der Austausch von
114 Abfällen, die als Baumaterial verwertbar sind, funktioniert, wollen wir
115 Netzwerke wie
116 "Harvest Map" staatlich etablieren und fördern.
117 • die Förderung der Begrünung von Dachflächen und anderen öffentlichen Flächen
118 wie
119 etwa Bushaltestellen.
120 • die Verankerung des biologischen Klimaschutzes in Bebauungsplänen.
121 • die Förderung von Eigenheimbesitzer*innen durch Nullzinskredite für nachhaltige

Antrag : Bereich 5: Im Land mobil

1 Azubi-Ticket

2 Wir wollen die Zukunft der Arbeit in Schleswig-Holstein sichern. Hierzu bedarf es
3 einer guten Ausbildung. Es zählt nicht nur die schulische und betriebliche Leistung,
4 sondern auch die finanzielle Sicherung aller Auszubildenden. Es ist oft so, dass
5 Auszubildende, gerade in den ländlichen Regionen, weite Strecken bis zum Betrieb oder
6 zur Berufsschule in Kauf nehmen müssen. Hierzu bedarf es einer eigenen Wohnung in den
7 Ballungszentren oder der eigenen Mobilität in Form eines Autos. Die Kosten hierfür
8 sind häufig mit der geringen Ausbildungsvergütung nicht zu decken. Deshalb fordern
9 wir:

- 10 • die Einführung eines landesweiten Azubi-Tickets nach dem Vorbild der Länder
11 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Berlin/Brandenburg.

12 für einen flächendeckenden, bezahlbaren und nachhaltigen ÖPNV

13 Wir begrüßen die nachhaltige Weiterentwicklung des dieselbetriebenen Schienennetzes
14 hinzu Akku- und Wasserstofftechnologie. Doch auch für die Nutzer*innen des
15 Schienenverkehrs und des ÖPNVs muss es Umgestaltung hinsichtlich Effizienz und
16 Finanzierung geben!

17 Damit die nun erneuerte Fahrzeugflotte auch entsprechend genutzt wird, muss die Bahn
18 für junge Leute noch attraktiver werden. Nachdem Studierende jetzt ein Nah-SH Ticket
19 günstig bekommen, muss weitergedacht werden. Kein Stopp bei Studierenden, we want it
20 all! Deshalb fordern wir:

- 21 • Tickets zu gerechten Preisen auch für Freiwilligendienstleistende.
- 22 • die Übernahme von Schüler*innentickets bis zum angestrebten Schulabschluss, auch
23 Schulortswahl unabhängig.

24 Aber nicht nur für junge Leute ist ein kostengünstiger und nutzer*innenfreundlicher
25 ÖPNV wichtig. Deshalb fordern wir:

- 26 • ein verständliches Tarifsystem und kostengünstige Fahrpreise, etwa im Rahmen
27 eines 365-€-Tickets

28 Für eine bestmögliche Erreichbarkeit überall in Schleswig-Holstein muss auch das
29 Streckennetz erweitert, elektrifiziert und ausgebaut werden. Die Größe der Kommune
30 darf nicht ausschlaggebend dafür sein, wie schnell Menschen mit den öffentlichen
31 Verkehrsmitteln von A nach B kommen können. Deshalb fordern wir:

- 32 • die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, etwa der alten Bäderbahn,
33 Flensburg? Niebüll und Neumünster-Ascheberg.
- 34 • einen Kapazitätsausbau auf stark frequentierten Strecken, wie etwa auf der
35 Strecke
36 Hamburg-Fehmarn, damit einhergehend bessere Taktungen auf den entsprechenden
37 Strecken.

38 Die Schiene muss im Gegensatz zur Straße wieder deutlich wirtschaftlicher und ihr
39 nachhaltiges Potenzial bestmöglich ausgeschöpft werden. Deshalb fordern wir:

40 • auf den nicht elektrifizierten Strecken Auflade-Möglichkeiten an allen
41 Haltestellen, um die Akkus der neuen Triebzüge zu schonen.

42 • den Ausbau der Trassenkapazität im Güterverkehr in Schleswig-Holstein als
43 Transitland, um den Güterfernverkehr auf die Schiene zu bekommen.

44 Die Förderung des ÖPNV muss auch im Sinne der Barrierefreiheit erfolgen. Menschen,
45 die nicht selbst fahren können, müssen trotzdem von A nach B kommen. Die
46 entsprechenden Vereinigungen sollen bei Planung und Durchführung mit einbezogen
47 werden und auch Grund für Modernisierungen sein. Deshalb fordern wir:

48 • die Umsetzung von möglichst weitgehender Barrierefreiheit bei Neubauten und
49 Neuanschaffung, sowie die Modernisierung des Bestandes, etwa durch den Einsatz
50 von Niederflurbussen oder angepasste Bahnsteighöhen.

51 Um die Mobilität auf dem Land zu sichern, braucht es oft noch den Individualverkehr.
52 Diesen gilt es, - wie auch den straßengebundenen ÖPNV im Übrigen - so nachhaltig wie
53 möglich zu gestalten. Deshalb fordern wir:

54 • den Ausbau von Konzepten wie Bürger*innenbusse und „Dörpsmobilen“. Die hierfür
55 benötigten Fahrzeuge sollten rein elektrisch angetrieben werden.

56 • die Umrüstung aller Fahrzeuge des Landes und der Kommunen, wie auch der Busse im
57 Land zumindest auf die Abgasnorm EURO 6.

58 **Radverkehr stärken**

59 Wir wollen, dass individuelle Mobilität in Schleswig-Holstein ohne Auto möglich ist.
60 Allen voran gilt es dafür, den Radverkehr im Land voranzubringen und attraktiver zu
61 machen, sowie die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen im Umgang mit dem Fahrrad
62 und dem Radverkehr zu stärken. Deshalb fordern wir:

63 • Fahrradschnellwegen, die Städte miteinander verbinden und so mit dem Rad für
64 alle sicher erreichbar machen.

65 • bei Planungen für neue Straßen sollen die Bedürfnisse von Auto- und
66 Radfahrer*innen gleichberechtigt nebeneinander berücksichtigt werden. Dies
67 schließt die bauliche Trennung von Rad- und Straßenverkehrswegen mit ein.

68 • die Einführung eines regelmäßigen Aktionstags „Fahrradsicherheit“. Hier soll
69 schwerpunktmäßig etwa das Einhalten von Seitenabständen oder das Freihalten von
70 Fahrradwegen kontrolliert und über Fehlverhalten aufgeklärt werden.

71 • mehr Schulungen zum Umgang mit und dem Verhalten im Straßenverkehr im
72 Schulalter.

73 • die Ermöglichung einer kostenlosen Fahrradinspektion für alle Kinder,
74 Schüler*innen und Student*innen einmal im Jahr, etwa durch Gutscheine, die vom
75 Land ausgegeben und über Kommunen, Schulen und ASten verteilt werden können.

76 **Straßenbau nachhaltig gestalten**

77 Um den Straßenbau so nachhaltig und umweltschonend wie möglich zu gestalten, muss die
78 Recyclingquote erhöht werden. So werden weniger Ressourcen benötigt und entsprechend
79 die Umwelt geschont. Deshalb fordern wir:

- 80 • die Berücksichtigung der Nutzung von Recycling-Asphalt von bis zu 80 % bei
81 Ausschreibungen im Straßenbau.
- 82 • die Einstellung der Nutzung von fossilen Energieträgern zur Aufheizung der
83 Mischanlagen. Der hier meistens genutzte Kohlenstaub sollte durch erneuerbare
84 Energieträger ersetzt werden.
- 85 Um die Umwelt bestmöglich zu schonen, muss die Lärmverschmutzung weiter gesenkt
86 werden. Deshalb fordern wir:

- 87 • den verstärkten Einsatz von Flüsterasphalt.

88 **Schiffe an die Leine nehmen**

89 Schleswig-Holstein ist gerade mit den Häfen in Kiel und Lübeck wichtiger Standort für
90 Fährhäfen im Ostseeraum. Um hier zumindest im Rahmen der Gestaltungsmöglichkeiten des
91 Landes Verbesserungen in Sachen Klimaschutz zu erreichen, fordern wir:

- 92 • den verpflichtenden Einsatz von Landstrom in den Häfen
93 • die Schaffung der dafür benötigte Infrastruktur.

94 **Digitalisierung voranbringen**

95 Daniel Günthers Kabinett hat erfolgreich nichts in der Digitalisierung getan und
96 daher von den Erfolgen und Planungen der Vorgängerregierung profitiert. Der
97 Netzausbau ist damit in der entscheidenden Endphase und es muss nun diskutiert
98 werden, wie man die Digitalisierung für das Wohl der Gesellschaft nutzt. Schleswig-
99 Holstein ist noch lange nicht flächendeckend mit LTE und Glasfaseranschlüssen
100 versorgt; nur 38% der Haushalte sind an das Glasfasernetz angeschlossen, Gründe dafür
101 sehen wir auch bei den viel zu teuren Tarifen, gerade für junge Menschen, das wollen
102 wir ändern. Daher fordern wir:

- 103 • weniger Bürokratie beim Ausbau von Glasfaser und Mobilfunk.
104 • Ausbaustand nicht nach technischen Details, sondern Nutzbarkeit angeben.
105 • Glasfaserausbau soll vor allem durch öffentliche Anbieter erfolgen.
106 • LTE muss flächendeckend an jeder Milchkanne der Standard sein.
107 • keine doppelte Verlegung von Glasfaserkabeln.
108 • bezahlbare Glasfaser-Tarife, denn digitale Teilhabe darf nicht am Einkommen
109 scheitern.

110 Es gibt diverse Webseiten der Landesregierung zu allem Möglichen. Dies behindert
111 jedoch eine gute Kommunikation zwischen Bürger*innen und dem Land. Daher fordern wir:

- 112 • eine Vereinfachung der Internetpräsenz des Landes
113 • eine Zentrale Informationsstelle für Kommunen
114 • eine durch das Land bereitgestellte MÖwenmail, die DSGVO konform ist, sowie zur
115 Kommunikation der Bürger mit Ämtern dienen kann.

116 Digitalisierung kann Vieles vereinfachen. Auch für Polizeibeamt*innen würde mehr
117 technische Unterstützung den Alltag erheblich erleichtern. Das Dienst-Smartphone,
118 erst in der Pilotphase getestet, gehört dazu, aber auch Laptops im Einsatzwagen

- 119 müssen zur Grundausstattung einer Polizei im 21.Jh gehören. Daher fordern wir:
- 120 • Laptops zur Kommunikation und Datenabfrage in den kommenden E-Polizeifahrzeuge.
 - 121 • das Dienst Smartphone muss weiter verbessert werden und alle Polizist*innen
 - 122 damit ausgestattet werden.
 - 123 • Daten wie z.B. Verkehrsunfälle sollen öffentlich nutzbar gemacht werden und
 - 124 durch das Land aufbereitet werden.
- 125 Ausländische Gründungen sind häufig erfolgreich – solche aus Norddeutschland eher
- 126 nicht. Das liegt auch an der umständlichen und komplizierten Förderstruktur in
- 127 Schleswig-Holstein. Es reicht nicht, permanent neue Fördertöpfe zu eröffnen. Daher
- 128 fordern wir:
- 129 • eine zentrale, unbürokratische Fördermittelstruktur für Start-Ups in SH, welche
 - 130 auch auf die Fördermittel des Bundes zugreift.
 - 131 • Zukunftsthemen wie Smart Grids, KI, Data Science sollen besonders angesprochen
 - 132 werden.
 - 133 • die Förderung einer anderen an Deutschland angepasste Start-Up-Kultur, kein
 - 134 zweites Silicon Valley.

Antrag : Bereich 6: Für ein offenes, buntes und demokratisches Schleswig-Holstein

1 **Beratungen ausbauen und weiterentwickeln**

2 Frauenhäuser und Beratungen für Frauen, welche Gewalt erfahren mussten, sind wichtige
3 Anlaufstellen. Durch die steigenden Anfragen von geflüchteten Frauen stehen unsere
4 Beratungseinrichtungen vor neuen Herausforderungen.

- 5 • Die Beratungsstellen und Frauenhäuser in unserem Land müssen ausfinanziert
6 werden, so dass sie die Anforderungen der Beratungen auch tatsächlich
7 gewährleisten können.
- 8 • Wir brauchen Weiterbildungsmöglichkeiten für unsere Berater und Beraterinnen in
9 den Bereichen Trauma- und Fluchterfahrungen sowie in der Sprachqualifizierung,
10 damit wir geflüchteten Menschen helfen können, ihre Fluchterfahrungen zu
11 verarbeiten.
- 12 • Zudem wollen wir bedarfsgerechte Beratungsangebote auch für nicht-weibliche
13 Personen bereitzustellen.

14 **Kinder und Jugendliche beteiligen!**

15 In Städten und Gemeinden werden Kinder und Jugendliche zu wenig beteiligt. Ihre
16 Beteiligung wird selten ernst genommen und findet in der Realität kaum Beachtung. Wir
17 wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in der Praxis verbindlich
18 machen und Kriterien für gute Beteiligung verbindlichen machen.

- 19 • Dafür muss die Gemeindeordnung überarbeitet werden.
- 20 • Kinder- und Jugendbeteiligung soll sozialpädagogisch begleitet werden und
21 Gegenstand im WiPo-Unterricht der Schulen sein.
- 22 • Kommunen sollen durch das Land mit einem „Modulbaukasten“ unterstützt werden.
- 23 • Die Wahlen der Kinder- und Jugendbeiräte sollen zeitgleich landesweit
24 stattfinden und dadurch aufgewertet werden.

25 **Cannabis legalisieren**

26 Die Kriminalisierung von Cannabis ist auch in Schleswig-Holstein überholt.
27 Nachweislich hat Cannabis keine schädlicheren Folgen als Alkohol. Die Verbote zwingen
28 Konsumentinnen und Konsumenten auf einen völlig unkontrollierten Schwarzmarkt. Durch
29 die Legalisierung kann der Verkauf reguliert und der Konsum verunreinigter
30 Cannabisprodukte verhindert werden.

- 31 • Schleswig-Holstein soll sich auf Bundesebene für die Legalisierung von Cannabis
32 einsetzen. Neben einem Besteuerungssystem soll auch ein Konzept erarbeitet
33 werden, durch das Anbau und Vertrieb analog zur Alkohol-Industrie ermöglicht
34 werden.
- 35 • Auf Landesebene wollen wir die Eigenbedarfsgrenze auf 30 Gramm anheben.